

# Unser Verhältnis zu China vor und nach dem Kriege

Von

*Arthur von Rosthorn*

a. o. Gesandter und bev. Minister a. D.

Sozialdemokratische  
Schule

Eingegangen  
Sozialdemokratische  
Nummer

*Handwritten signature*  
114  
*Handwritten text*  
1913



DER NEUE GEIST / VERLAG / LEIPZIG

**Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., Bonn**

Inv-Nr.: ..... 35 586

# Unser Verhältnis zu China

vor und nach dem Kriege

Von

*Arthur von Rosthorn*

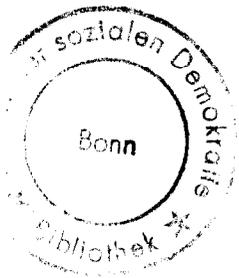
a. o. Gesandter und bev. Minister a. D.



---

DER NEUE GEIST · VERLAG / LEIPZIG

Den amerikanischen Delegierten  
bei der  
Pariser Friedenskonferenz 1919  
gewidmet.



Copyright by Der Neue Geist · Verlag, Leipzig, 1919.

Wenn der Weltkrieg so geendet hätte, wie ich hoffte, daß er enden würde, nämlich ohne Sieg und ohne Niederlage, dann wäre wohl bei allen Völkern der Entschluß gereift, dieser sinnlosen Zerstörung für alle Zeiten ein Ende zu machen und es wäre vielleicht unter allseitiger Mitwirkung ein Völkerbund zustande gekommen, der durch Regelung aller zwischenstaatlichen Konflikte einen dauernden Frieden hätte sichern können. Dann wäre es auch eine dankbare Aufgabe gewesen, Anregungen zu einer Neuorientierung der europäischen Politik gegenüber dem Orient und speziell gegenüber China, dem ältesten und größten Reiche des Ostens, zu geben. Durch den Gang der Ereignisse ist dem deutschen Volke, ist Deutschland und Oesterreich die Initiative und ein maßgebender Einfluß auf die Weltgestaltung entwunden worden und muß unseren bisherigen Feinden überlassen werden. Den folgenden Betrachtungen wird daher im besten Falle nur ein akademischer Wert zukommen.

Europa hat sich an Asien schwer versündigt; nicht *einmal*, sondern *hundertmal*. Die Geschichte der Beziehungen der europäischen Länder zum chinesischen Reiche ist eine ungeheure Anklage gegen die brutale Ueberhebung und Rücksichtslosigkeit der ersteren. Nirgends hat das arg mißbrauchte Wort von „Kulturmission“ der zivilisierten Staaten kläglicher Fiasko gemacht, nirgends spiegelt sich deutlicher die hypokritisch verkleidete Herrschsucht und Raubgier des europäischen Menschen. Daß China nicht ein vereinzelt Beispiel der Vergewaltigung ist, beweist die traurige Geschichte Persiens, beweist auch das Schicksal Indiens, dessen Tragik in dem Bande „Nationalismus“ des Dichters Rabindranath Tagore geläuterten Ausdruck findet.

Hierfür tragen nicht einzelne Menschen, etwa die Staatslenker oder die Diplomaten die Schuld, denn — wie Tagore sagt — der einzelne Engländer ist meistens gerecht und wohlwollend und dasselbe kann wohl auch von den Angehörigen anderer Na-

tionen gesagt werden, sondern das System: ein System, welches der Anbetung von Macht und Reichtum entspringt und in dem nationalen Egoismus gipfelt, der in starken Ländern nur Rivalen und in schwachen nur Ausbeutungsobjekte sieht.

Die Beziehungen der europäischen Staaten zu den Ländern des Orients waren von Anfang an von diesem Geist beseelt. Erst waren es Abenteurer, Freibeuter, welche sich dort bereicherten; dann waren es konzessionierte Handelsgesellschaften, welchen von ihren Regierungen ein Monopol der Ausbeutung eingeräumt wurde; heute sind es Armeelieferanten und Konzessionsjäger, welche die dortigen Regierungen beständig überlaufen und in deren Dienst die diplomatischen Vertreter gestellt werden.

China war nicht immer fremdenfeindlich; es ist es erst geworden. Marco Polo rühmt schon im 13. Jahrhundert die Gastlichkeit und das Wohlwollen, mit welchem die Fremden am Hofe Kublai Khans aufgenommen wurden. Später, im 17. und 18. Jahrhundert entwickelte sich in Kanton ein reger Handelsverkehr, welchen die Araber schon früher angebahnt hatten, und katholische Missionäre begannen ihre religiöse Propaganda zu treiben. Die Chinesen sind ein Handelsvolk par excellence und man braucht sie über die Vorteile des Güteraustausches nicht erst aufzuklären. Die Regierung begünstigte den Seehandel, weil sie aus demselben bedeutende Einkünfte bezog. Erst als der von der East India Company eingeführte Handel mit indischem Opium große Dimensionen annahm und der Genuß dieses Giftes in gefährlicher Weise um sich griff, erwuchs der Regierung die Pflicht, dagegen einzuschreiten. Es ist bekannt, wie England den Widerstand Chinas durch den Opiumkrieg brach und dem Lande einen Handelsvertrag abnötigte, welcher den Opiumverkauf legitimierte und dem Handel neue Eingangstore erschloß. Dieser Sieg der Gewalt über das Recht war der erste Schritt, welcher das Prestige der Dynastie untergrub und den Niedergang Chinas einleitete.

Die religiöse Toleranz der Chinesen zeigt sich nicht nur in der Art, wie der Buddhismus, der Islam und das nestorianische Christentum im Lande Eingang fanden, sie wird auch von den ersten katholischen Missionären, den Jesuiten, ausdrücklich bestätigt. Diese wurden vom Kaiser Khangsi wegen ihrer Gelehrsamkeit ausgezeichnet, ihre Propaganda wurde geduldet und

ihnen sogar im Innern der kaiserlichen Palaisgründe eine Kirche erbaut. Erst als die Zwietracht unter den geistlichen Orden und die Einmischung des Papstes der Regierung die Augen öffnete, daß sich die Kirche als ein Staat im Staate gerierte und zu fremden Interventionen Anlaß gab, begannen die Christenverfolgungen, und die Aussichten für die Bekehrung Chinas zum Christentum waren dahin. Es ist ebenso begreiflich, daß der Staat eine Organisation nicht dulden konnte, welche seine Autorität gegenüber der Bürgerschaft antastete, wie es anerkannt werden muß, daß die zur katholischen Kirche bekehrten chinesischen Familien trotz Verfolgung durch Jahrzehnte fest zu ihrem neuen Glauben hielten, so daß die später zurückgekehrten Missionäre viele Gemeinden vorfanden, wo die Nachkommen jener ersten Konvertiten insgeheim den alten Kult pflegten.

Mit dem schon erwähnten Handelsvertrage wurde auch die Freigabe der christlichen Propaganda im ganzen Reiche erzwungen und eine Flut qualifizierter und nicht qualifizierter Zeloten aus aller Herren Ländern ergoß sich über China. Die protestantischen Missionäre taten sich durch besonderen Eifer hervor; indem ihre Sekten einander und alle die Katholiken befehdeten, gaben sie den Chinesen ein Schauspiel religiöser Intoleranz, welches das Ansehen der christlichen Lehre völlig untergraben mußte. Wie recht aber die chinesische Regierung hatte, als sie in der Ausbreitung des Christentums eine politische Gefahr witterte und sie um jeden Preis zu verhindern suchte, sollte sich bald zeigen. Die Thaping-Rebellion, welche China um die Mitte des vorigen Jahrhunderts tief erschütterte und zwei Drittel des Reiches verwüstete, war das Werk protestantischer Fanatiker, welche das wegen einer Mißernte aufgebrachte Volk in den südlichsten Provinzen zu einer Erhebung gegen die Dynastie mitrissen. Dieser Aufstand, welcher die militärische Schwäche der Mandschu-Regierung aufdeckte, war der zweite schwere Schlag, den das Prestige der Dynastie erlitt und von dem sie sich nie wieder erholte.

Mitten in diese Zeit innerer Schwäche fiel dann der Konflikt mit den englischen Behörden in Hongkong, welcher aus geringfügigen Ursachen von höchst zweifelhafter Rechtslage zu der Anglo-französischen Expedition des Jahres 1860 führte, bei welcher sich

die europäischen Truppen durch die Zerstörung des Sommerpalastes Yuanming-yuan, einer der kostbarsten Sammlungen von Kunstschätzen jener Zeit, auszeichneten. Wenn man die zeitgenössischen Darstellungen jener Ereignisse liest, gewinnt man den Eindruck, daß der ganze Krieg unnötig war und aus einer Reihe von Mißverständnissen hervorging, welche aus mangelhafter Kenntnis der staats- und völkerrechtlichen Anschauungen auf beiden Seiten, aus gegenseitigem Mißtrauen und eingebildeten Ehrenkränkungen resultierten. Die chinesische Regierung trat für ihr gutes Recht ein, Herrin im eigenen Hause zu sein, dessen Durchsetzung zugleich eine Existenzfrage für die Dynastie war; für die fremden Mächte verbarg sich hinter den Prestigefragen, um welche der Krieg entbrannt war, der Wunsch, China für die lukrativen Unternehmungen ihrer Nationalen gewaltsam zu erschließen. Die Einnahme von Peking, die Flucht des Kaisers und der demütigende Friede bedeuteten eine neuerliche schwere Erschütterung der Mandschu-Herrschaft. Der Vertrag von Tientsin 1862 bestätigte sämtliche Rechte der Fremden auf chinesischem Territorium und deren Ausdehnung auf alle größeren Küstestädte und Flußhäfen. Für den fremden Handel wurde ein Zolltarif festgesetzt, welcher selbst für jene dem Freihandel zuneigende Epoche niedrig bemessen war und lediglich der Hereinbringung der Kriegsentschädigung dienen sollte, und dieser Zolltarif besteht seit fast 60 Jahren, während welcher die ganze Welt zu einer extremen Schutzpolitik übergegangen ist, unverändert fort.

Seit jener Zeit erhielten die fremden Mächte auch das Recht, Gesandtschaften in Peking und Konsulate in den Vertragshäfen zu errichten und damit begann für China eine Aera kontinuierlicher Reibungen und internationaler Konflikte. Man darf nicht vergessen, daß die chinesische Regierung auch zur Zeit der Monarchie nur dem Namen nach eine Autokratie war und in Wirklichkeit keine unumschränkte Gewalt besaß. Das Heerwesen war nicht ausgebildet und durch die langjährige Revolution vollends desorganisiert. Die Macht der Zentralregierung war eigentlich auf die Ein- und Absetzung der hohen Funktionäre beschränkt, welche die Verwaltung der fast unabhängigen Provinzen leiteten und ihrerseits vielfach abhängig waren von der

öffentlichen Meinung, insbesondere der gebildeten Klasse, der Gentry, welche die Selbstverwaltung der Gemeinden in den Händen hatte und einen ungeheuren Einfluß auf das Volk besaß. Das Amt der Zensoren übte eine freie Kritik an den Maßnahmen der Regierung und selbst an den Verfügungen der Krone. Gegen diese Faktoren eine Maßregel durchsetzen zu wollen, war immer ein sehr gewagtes Unternehmen und man ersieht aus den kaiserlichen Edikten, wie sehr man bemüht war, jede Entschliebung vor der Bevölkerung moralisch zu rechtfertigen. Aus diesem Grunde barg jeder Konflikt mit dem Auslande stets den Keim eines Zerwürfnisses zwischen der Dynastie und dem Volke in sich. Von diesem Gesichtspunkte erscheint die Politik der chinesischen Regierung und besonders die ihr oft vorgeworfene mala fides vielfach entschuldbar.

Während die Handelsbeziehungen sich relativ glatt und anstandslos abwickelten und lediglich der Opiumhandel, den die Regierung durch hohe Abgaben einzuschränken suchte, ein wunder Punkt blieb, waren in der folgenden Periode die christlichen Missionen Gegenstand beständiger Reibungen. Die französischen Patres, welche bei den Vertragsverhandlungen als Uebersetzer fungierten, hatten in den chinesischen Text einen Paragraphen eingeschmuggelt, welcher im französischen Texte fehlt, demzufolge die Missionen berechtigt waren, im Innern des Landes Grundbesitz zu erwerben. Auf Grund dieser Bestimmung kauften die verschiedenen Orden große Ländereien auf und unterstellten auch Land- und Hausbesitz ihrer Proselyten ihrem Schutze. Zudem hielt es die Propaganda für angebracht, daß die Missionäre ihren Konvertiten auch in Rechtsstreitigkeiten ihren Schutz angedeihen ließen, wozu ihnen das Verbot der religiösen Verfolgung leicht einen Vorwand lieferte. Da sie stets an ihre Gesandtschaft appellieren konnten und die Regierung Auseinandersetzungen mit dieser zu vermeiden bestrebt war, lag die Tendenz zur Rechtsbeugung, ja zur Vergewaltigung nahe genug. Es liegt auf der Hand, daß dieses System gerade die schlechtesten Elemente in die Arme der Kirche trieb und die letztere den Haß weiter Kreise und besonders der Literaten auf sich zog. Aus diesen ungesunden Zuständen heraus entstanden die periodischen Lokalerhebungen, welchen manche Kirchen und Men-

schenleben zum Opfer fielen. Sie hatten für China immer neue Demütigungen zur Folge und erweckten in Europa den Eindruck, es mit einem intoleranten fanatischen Volke und einer hinterhältigen Regierung zu tun zu haben, was den guten Beziehungen außerordentlich schadete.

Im Jahre 1883 kam ich nach China und ungefähr um dieselbe Zeit begann die Aera der territorialen Uebergriffe der Nachbarstaaten. In Korea — bis dahin ein Vasallenstaat Chinas — war ein paritätisches Verhältnis zwischen China und Japan hergestellt worden, welches den Keim künftiger Konflikte in sich schloß. Frankreich, welches einige Jahre vorher Anam okkupiert hatte, suchte seine Herrschaft über Tongking auszudehnen und China mußte sich zur Abtretung verstehen. Trotzdem erfolgte ohne zureichenden Grund und ohne Kriegserklärung die Beschießung von Futschau und die Vernichtung der dort verankerten chinesischen Flotte. Im Jahre 1894 brach der Krieg zwischen China und Japan über Korea aus, welcher mit dem Frieden von Schimonoseki (1895) endete, in welchem Korea unabhängig erklärt und die Halbinsel Liaotung sowie Formosa an Japan angetreten wurde. Damit hatte sich China, dessen militärische Schwäche trotz mancher Reformen und großer Aufwendungen für das Heerwesen offenkundig geworden war, auf die schiefe Ebene der Gebietsabtretung begeben, wo es kein Einhalten mehr gab. Die Literatur über China aus den Jahren 1894 bis 1900 war von dem Schlagworte beherrscht: Die Aufteilung Chinas. Jede Macht suchte ihre Interessensphären abzustecken, jede „Stützpunkte“ zu gewinnen, um bei der Teilung der Beute ihren Anteil zu sichern. Deutschland, welches bis dahin noch reine Hände bewahrt hatte, benützte einen Missionsstreit, um Kiautschau zu besetzen und auf das Hinterland Schantung die Hand zu legen. Rußland nahm Port Arthur und Dalny als Schlüssel zur Beherrschung der Mandschurei. England bekam Weihaiwei und Kowlun gegenüber von Hongkong, Frankreich Kuangtschou-wan im Golfe von Pakhoi. Selbst Italien versuchte eine Flottenstation zu erwerben und Oesterreich-Ungarn erwog ein ähnliches Projekt. Dazu kam, daß jeder gebildete Chinese in europäischen Büchern und Zeitungen oder in einheimischen Uebersetzungen aus solchen täglich lesen konnte, daß dies nur

der Anfang wäre und bald von weitgehenderen Schritten gefolgt werden würde. Es ist nicht schwer, sich in die Gefühle einer Nation hineinzudenken, welche sich so zum Objekt einer Vivisektion gemacht sieht. Kein Wunder, daß jeder Patriot sich dagegen aufbäumte und besonders die Literaten rührig waren, die öffentliche Meinung gegen Europa und gegen die Mandschu-Regierung, welche diese Schmach über sich ergehen ließ, zu mobilisieren. Die geradezu pathetischen Denkschriften, welche ein Khang Yuwei, ein Liang Tschitschao u. a. an den Thron richteten, waren eine Warnung, daß das Maß dessen, was das Volk ertragen könnte, voll war. Kaiser Kuanghsü ließ ihnen ein williges Ohr und berief die geistigen Führer der Bewegung nach der Hauptstadt, um eine Aera der Reformen zu inaugurierten. Es regnete Edikte, welche das Gewissen der Beamenschaft aufzurütteln und auf allen Gebieten, insbesondere auch auf jenem der Erziehung und des Prüfungssystems, Reformen anordneten. Zu diesen Reformen gehörte auch die Aufhebung der Vorrechte, welche die Mandschus bis dahin genossen hatten, und diese Maßregel erregte bei den Betroffenen großen Unwillen. Sie steckten sich hinter die Kaiserin-Mutter, denunzierten die neuen Berater des Kaisers als Verräter, welche es auf das Leben der hohen Frau abgesehen hätten, mit einem Worte, machten ihr so bange, daß sie die Führer der Partei über Nacht festnehmen und enthaupten ließ. Der Kaiser wurde als Gefangener auf einer Insel in den Palaisgründen festgehalten und gezwungen, seiner Stiefmutter die Regentschaft zu übertragen. Ein Teil der Palastbediensteten wurde in Säcke eingenäht und zu Tode geprügelt.

Was taten unterdessen die fremden Mächte und ihre Vertreter? Sie, die, wenn es die Durchsetzung ihrer Ansprüche galt, auf die revolutionierende Wirkung ihrer Politik keinerlei Rücksicht zu nehmen gewohnt waren, hielten sich jetzt, wo es galt, die Regierung kollektiv eindringlich zu warnen strenge an die Parole der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“. Die Ruchlosigkeiten im Palast waren kaum zu Ende, da unterhandelten die Diplomaten bereits über einen Empfang ihrer Damen durch die Kaiserin-Witwe und die Audienz, welche einige Monate darauf stattfand, mußte im Lande den Eindruck machen, Europa nehme Partei für die Reaktion und gegen die Reformen.

Die letzteren wurden insgesamt widerrufen, alle fortschrittfreundlichen Funktionäre enthoben und durch konservative Elemente ersetzt. Die Präponderanz der Mandschus war größer denn je.

Es kann für keinen, der die Verhältnisse kennt, im geringsten zweifelhaft sein, daß der Staatsstreich von 1898 das direkte Vorspiel und der Anstoß für den „Boxer“-Aufstand des Jahres 1900 war. Die Reaktion trieb die patriotische Bewegung aus der Öffentlichkeit in die Unterwelt der Geheimverbände und Verschwörungen. Von der Krone war nichts mehr zu erwarten; daher verlegte sich die erbitterte Gentry auf die Aufreizung und Organisation des Volkes; zu der fremdenfeindlichen Bewegung gesellte sich nun aber auch eine antidynastische. Die uralte Institution der Volkswehr, welche den Zweck hatte, in unruhigen Zeiten die Dörfer vor Räuberbanden zu schützen, lebte wieder auf und die „Boxer“ waren nur eine unter vielen derartigen Organisationen.

Die Regierung, welche die „europäische Gefahr“ keineswegs verkannte, sich aber trotz einiger Verbesserungen in der Armee zu schwach fühlte, um ihr entgegenzutreten, verhielt sich diesen Organisationen gegenüber schwankend. Von einigen Prinzen und hohen Würdenträgern, welche in ihrer Borniertheit wirklich glaubten, die Europäer mit Hilfe eines Volksheeres aus China vertreiben zu können, wurden die Boxer entschieden protegiert und unterstützt. Als dann die Ausschreitungen gegen die Missionen im Lande begannen, war Peking in zwei Lager geteilt; die einen waren für energisches Einschreiten gegen die Banden, die andern konnten die Abrechnung mit den verhaßten Fremden nicht erwarten. Die Kaiserin entschied sich lange nicht. Was schließlich den Ausschlag gab, war einerseits der zuletzt auch von der Kaiserin geteilte Aberglaube, daß die Boxer durch ihre Zauberformeln gegen Feuerwaffen immun wären, anderseits das überstürzte Ultimatum der fremden Flottenbefehlshaber. Ich will darauf nicht näher eingehen und auch keine Schilderung der Belagerung geben, weil ich damit einen Band füllen könnte, sondern will nur erwähnen, daß weder die militärischen Aktionen noch die Friedensverhandlungen geeignet waren, China Respekt vor dem europäischen Konzert einzuflößen. Das Ergebnis der Verhandlungen, das sogenannte Protocole Final, war ein kläg-

licher Abschluß einer weltgeschichtlichen Begebenheit, und als ich dies einem älteren Kollegen gegenüber aussprach, sagte er: Wenn Sie dabei gewesen wären, so wüßten Sie, daß es das Maximum ist, was angesichts der Uneinigkeit der Mächte zu erreichen war.

Diese Uneinigkeit der Mächte dem Orient gegenüber gibt ein getreues Spiegelbild der Anarchie Europas. Indem jeder Staat nur seine eigenen selbstsüchtigen Interessen verfolgte, befand er sich in einem latenten Gegensatz zu allen anderen Staaten. Der Orientale lernte sehr bald, den einen gegen den andern auszuspielen und, wenn sich die Rivalen einigermaßen das Gleichgewicht hielten, was man „balance of power“ nennt, so konnte er inmitten der allseits drohenden Gefahren nicht nur sein Dasein jahrzehntelang fristen, sondern sich auch den berechtigten Forderungen der Kultur und des Fortschritts entziehen. Trat aber eine Störung des Aequilibriums ein, dann wurde das arme Land der Schauplatz blutiger Kämpfe, in welchen es wahrhaftig nicht der tertius gaudens war, denn es ging um seinen eigenen Leib.

So erging es China im russisch-japanischen Kriege, dessen Ausgang Japan eine derartige Präponderanz im fernen Osten gab, daß es seither eine Vorzugsstellung in China beanspruchte und eine Art Monroedoctrin für Ostasien proklamiert. Freilich, zu einem willigen Partner hat es China bisher nicht machen können, aber dieses vermag sich doch der ehernen Umarmung des „Brudervolkes“ nicht zu entwinden. Das Uebergewicht Japans hatte zur Folge, daß die europäischen Mächte ihre territorialen Expansionsbestrebungen in China einstellten, ja für die exponierten Stellungen wie Kiaotschou und Kuangtschou-wan zu fürchten begannen. Nur im Binnenlande ging das Vordringen weiter: für England in Tibet und für Rußland in der Mongolei.

In den letzten Jahren ihrer Regierung tat die alte Kaiserin viel für die Organisation einer Armee nach fremdem Muster und entwarf auch einen Plan für die allmähliche Einführung der Volksvertretung in der Zentralregierung und den Provinzen. Gleichzeitig ging die Regierung endlich daran, den Bau der wichtigsten Bahnlinien in Angriff zu nehmen. Die Rüstungen und Bahnbauten erforderten sehr viel Geld, und dieses wurde China um der einträglichen Lieferungsverträge willen von allen Seiten

direkt aufgenötigt. Es begann eine Aera des Wettlaufes der fremden Vertreter und Agenten um Kriegslieferungen, Eisenbahn- und Minenkonzessionen, Beraterposten usw. Die Regierung, welche beständig mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfte, schloß die ärgsten Wucherverträge ab, nur um sich über momentane Verlegenheiten hinwegzuhelfen, und belastete ihr Budget um ein Vielfaches der empfangenen Beträge. China ist seit Jahren reif für eine Finanzkontrolle.

Das Programm für die Parlamentarisierung Chinas aber war dem Lande viel zu langfristig, und als die alte Kaiserin starb und für den unmündigen Thronfolger ein unfähiger Regent ans Ruder kam, genügte der erste Konflikt — ein Streit um die Verstaatlichung eines Bahnprojekts —, um die Revolution auszulösen. Die Revolution war durchaus keine Volkserhebung; sie war vielmehr angezettelt von der Klasse der Studierten, welche in Japan und Amerika die demokratischen Ideen aufgenommen hatten und als richtige Doktrinäre in einer republikanischen Verfassung das Heilmittel für alle Mängel und Schäden erblickten. Entschieden wurde die Revolution durch den Anschluß des Militärs, eben jener modernisierten Armeekorps, durch welche die Dynastie ihre Herrschaft zu behaupten gehofft hatte. Ich gehe über die Einzelheiten des Umsturzes hinweg. Es ist bekannt, daß die Mandschus Ende 1911 abdanken mußten und daß nach Abfindung des provisorischen Präsidenten Sun Yat-sen als erster definitiver Präsident Yuan Schi-Khai gewählt wurde. Der Lebenslauf dieses Staatsmannes wäre an sich ein hochinteressantes Kapitel, welches aber nicht hierher gehört. Genug, daß er nach ein paar Jahren die in der Bevölkerung überhand nehmende monarchische Strömung begünstigte und nahe daran war, sich die Krone aufzusetzen, als im Süden ein neuer Aufstand ausbrach, der seine Absicht kurz vor seinem Tode vereitelte. Sein Nachfolger Li Yuan-hung war ein ehrenwerter Charakter, welcher jedoch nicht die Kraft besaß, sich gegen seinen Ministerpräsidenten Tuan Tsch'i-jui durchzusetzen und schließlich von diesem gestürzt wurde. Der gegenwärtige Präsident Feng Kuo-tschang ist ein gefügiges Instrument in den Händen des Kabinettschefs und — Japans.

Es sei hier bemerkt, daß, seitdem in der Revolution die

Provinzen sich unabhängig erklärt und die Zivil- und Militärgewalt in den Händen der revolutionären Heerführer vereinigt hatten, die Macht der Zentralregierung nie wieder ganz hergestellt wurde. Die jeweilige Regierung kann sich nur so lange behaupten, als sie von den Militärgouverneurs der wichtigsten Provinzen, insbesondere jener des Nordens, unterstützt wird. Die Provinzen sind also quasi Bundesstaaten, welche zu jeder wichtigeren Frage selbständig Stellung nehmen. Da in den Nordstaaten die militärisch-autokratische Tendenz überwiegt, während in dem militärisch schwächeren Süden die demokratische Strömung die Oberhand hat, besteht seit Jahren ein latenter Gegensatz zwischen Nord- und Süd, der gelegentlich zum Abfall einer oder mehrerer Provinzen führt. Ja, es ist vorgekommen, daß bei solchen Konflikten einzelne Provinzen sich neutral erklärten. Man sieht, die chinesische Republik ist ein überaus lockeres Gefüge, und ihre Widerstandskraft nach außen war auf ein Mindestmaß reduziert gerade in dem Augenblick, wo der Weltkrieg die Kräfte aller Nationen auf das Aeüßerste anspannte.

Der Ausbruch des Krieges hatte für China allerlei Schwierigkeiten im Gefolge, zunächst die, daß aller Kapitalzufluß aufhörte und die Regierung auf ihre eigenen Ressourcen angewiesen war. Dazu kam dann, daß die Entente die größten Anstrengungen machte, um China auf ihrer Seite in den Krieg zu ziehen. Die finanzielle Not machte China für Anerbietungen dieser Art sehr empfänglich, und das Parlament wäre für eine Anleihe, Stundung der Indemnitäten und eine Revision des Zolltarifs dafür zu haben gewesen. Aber es mißtraute bloßen Versprechungen und verlangte Sicherstellung, die nicht erfolgte. So blieb China durch 2½ Jahre neutral, brach dann im Februar 1917 auf Betreiben Amerikas die Beziehungen zu Deutschland ab und erklärte erst im August 1917 auf ein kategorisches Verlangen Japans hin den Krieg an beide Zentralmächte.

Die größte Gefahr für China erwuchs aber aus dem Umstande, daß der Krieg die Westmächte und schließlich auch Amerika derart in Anspruch nahm, daß sie auf jede Initiative im fernen Osten verzichteten und das Gleichgewicht zusammenbrach. Japan, welches schon zu Beginn des Krieges Kiaoutschou besetzt hatte, nützte diese Situation aus, indem es nicht nur wirt-

schaftlich alle andern Länder überflügelte, sondern auch politisch die Vormachtstellung am Festlande eroberte und deren Anerkennung bei der Entente durchsetzte. Im Jahre 1915 trat Japan an China mit Forderungen heran, welche in fünf Gruppen und nicht weniger als 21 Artikeln formuliert waren. Der volle Text ist wiederholt publiziert worden. Die Forderungen liefen im wesentlichen auf folgendes hinaus:

1. China darf keinen Einspruch gegen das Arrangement erheben, welches Japan nach dem Kriege wegen der Disposition über die von Deutschland erworbenen Rechte in Schantung treffen würde.
2. Japanische Untertanen dürfen sich in der Mandschurei und der östlichen Mongolei bei Aufrechterhaltung ihrer Exterritorialität nach Belieben — also nicht bloß in den für den fremden Handel eröffneten Plätzen — niederlassen, Land erwerben, Industrien und Handel betreiben und Bergwerke eröffnen; es dürfen weder Eisenbahnen noch Minenkonzessionen in diesen Gebieten vergeben, noch Anleihen gemacht oder Berater angestellt werden ohne die Zustimmung Japans. Später wurde auch noch verlangt, daß Japan das Recht haben soll, eine eigene Polizei einzurichten, wodurch ein vollständiges Kondominium hergestellt worden wäre.
3. Die wichtigsten Eisen- und Kohlenwerke Chinas im Yangtse-Gebiet sind in ein Sino-japanisches Unternehmen umzuwandeln, und die Erteilung anderer Minenkonzessionen, welche dessen Interessen tangieren, sind von der Zustimmung dieses Syndikats abhängig zu machen.
4. China darf keinen Platz oder Hafen und auch keine Insel an der Küste an eine dritte Macht abtreten oder verpachten.

Gingen diese auf Exploitation gerichteten und ganz im Sinne des Imperialismus gehaltenen Forderungen schon weit über das Maß dessen hinaus, was einem unabhängigen Staate zugemutet werden darf, so enthielt die Gruppe 5 noch eine Reihe von Forderungen, wie die Anstellung von politischen, finanziellen und militärischen Beratern, Einrichtung einer japanischen Polizei in den größeren Städten, Lieferung eines bestimmten Kontingents

(über 50 Proz.) des Kriegsrüstungsbedarfs und Errichtung eines Arsenal unter gemeinsamer Verwaltung, Bahnkonzessionen im Yangtse-Gebiet, Eisenbahn- und Minenkonzessionen sowie Hafengebauten in Fukien usw., welche die vollständige Bevormundung und Knebelung Chinas bedeutet hätten.

Das Auswärtige Amt in Tokio überbot noch die Finesse der europäischen Diplomatie, indem es den befreundeten Mächten nur die Forderungen der ersten vier Gruppen mitteilte, jene der fünften Gruppe aber verschwieg. Es verfiel sich dabei aber in seinem eigenen Netz, denn als China an die Westmächte und Amerika appellierte und den vollen Text publizierte, kam es denn doch zu Rekrimationen, welche Japan bewogen, die Gruppe 5 zurückzuziehen oder wenigstens zu vertagen. Wer sich für die Sache interessiert, lese das Buch von Frederick Mc'Cormick: *The Menace of Japan*, Boston 1917.

Wie sich die Dinge seither gestaltet haben, darüber haben wir keine zuverlässigen Nachrichten. Nach einer Reuter-Meldung aus Washington vom November v. J. enthält das Friedensprogramm Japans außer der dauernden Besetzung von Kiaotschou die Forderung, daß seine finanzielle, kommerzielle und industrielle „Einflußsphäre“, d. h. seine Monopolstellung in China, international anerkannt werde. Es soll also ein Reich zehnmal so groß wie Japan und der bedeutendste der noch nicht monopolisierten Märkte seiner ausschließlichen Exploitation ausgeliefert werden.

Damit sind wir bei der Jetztzeit angelangt und können uns nun der Zukunft zuwenden. China setzt seine einzige Hoffnung auf den Friedenskongreß und vertraut darauf, daß die Mächte es vor einer zu weitgehenden Vergewaltigung bewahren werden. Kein Land in der Welt hat mehr Grund, das Zustandekommen eines Völkerbundes und einer zwischenstaatlichen Rechtsorganisation herbeizuwünschen. Von der Entscheidung über diese Frage, für welche nunmehr die Entente zuständig geworden ist, hängt nicht nur der Friede der Welt und die Zukunft Europas, sondern auch das Schicksal Chinas ab. Es ist die Frage, welche die Welt bewegt und deren Lösung die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der größten und der kleinsten, der nächsten und der fernsten Länder bestimmen wird.

Es wäre verwegen, eine Prognose stellen zu wollen; wenn wir aber das Problem nach der derzeitigen Lage beurteilen, so erscheint es ebenso gewiß, daß der Völkerbund, wie er vom Präsidenten Wilson gedacht war und wie er allein eine Befriedung der Welt herbeiführen könnte, bei dieser Friedenskonferenz *nicht* zustandekommen wird, wie es sicher ist, daß der Gedanke einer überstaatlichen Rechtsordnung und Organisation aus der Welt nicht wieder verschwinden, sondern weiterleben und immer dringlicher zur Verwirklichung drängen wird. Würde ein internationales Forum geschaffen werden, welches über Interessenkonflikte der Staaten nach Recht und Billigkeit zu entscheiden hätte, so könnte man demselben auch das Schicksal Chinas ruhig anvertrauen. Da dies aber voraussichtlich nicht der Fall sein wird, wird eine Regelung der ostasiatischen Fragen allein von der Friedenskonferenz erwartet werden dürfen. Aus diesem Grunde hat China schon vor seinem Eintritte in den Krieg das Recht beansprucht, bei der Konferenz vertreten zu sein, und hat diesen Anspruch seither wiederholt erhoben. Es ist anzunehmen, daß diesem billigen Verlangen von der Entente entsprochen werden wird.

Ich kann mir gleichwohl eine befriedigende Lösung der chinesischen Frage von der Friedenskonferenz nicht versprechen. Es handelt sich ja nicht um eine spezielle Frage, etwa um Kiaotschou, über welche eine Verständigung wohl zu erzielen sein könnte, sondern um einen ganzen Fragenkomplex, für dessen Beratung auf der Friedenskonferenz sowohl die Zeit als auch die Sachkenntnis fehlen dürfte. Ich hätte deshalb, wenn wir in der Sache etwas mitzureden gehabt hätten, beantragt, die ostasiatischen Fragen aus den Friedensverhandlungen gänzlich auszuschalten und zum Gegenstande einer besonderen Konferenz zu machen, welche etwa unter den Auspizien der Vereinigten Staaten hätte stattfinden können. Immer vorausgesetzt, daß eine gründliche Bereinigung der europäischen Konfliktstoffe durch die Hauptkonferenz vorausgegangen wäre, hätte sich auf der Spezialkonferenz vielleicht das Bewußtsein jener Solidarität der Interessen aller europäischen Staaten und Amerikas eingestellt, welche tatsächlich in Hinsicht auf China existiert. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, welches vom Präsidenten Wilson

proklamiert und von den Entente-Ländern mit Beifall aufgenommen wurde, ist nachgerade zu einem Artikel unseres Glaubensbekenntnisses geworden. Es mag in seiner Anwendung auf Nationalitätensplitter und nationale Enklaven ad absurdum geführt und durch das Prinzip des Minoritätenschutzes abgelöst werden, es kann aber nicht in Frage gestellt werden bei einem geschlossen lebenden und homogenen Volke von 300 Millionen Seelen. Die Integrität und Unabhängigkeit Chinas ist schon ein unanfechtbares Postulat, an welchem alle Staaten interessiert und für dessen Durchsetzung alle verantwortlich sind. Kein einzelner Staat, Japan vielleicht ausgenommen, wird dafür die Garantie übernehmen können oder wollen, aber die Gesamtheit der Staaten kann und muß es tun.

Aus der Unabhängigkeit Chinas ergibt sich die Integrität seiner Hoheitsrechte. Es ist ein Hohn auf die Selbständigkeit eines Landes, wenn man seine Bahnen durch fremde Truppen besetzt hält und ihm zumutet, auch noch fremde Polizei in seinen Städten zu dulden. Man mache die Regierung verantwortlich für die öffentliche Sicherheit, die nebenbei bemerkt in China nicht schlechter ist als bei uns, man verpflichte sie zu Schadenersatz im Falle einer Verletzung von Leben oder Eigentum, aber man mache eine ordentliche Regierung nicht unmöglich dadurch, daß man sie vor ihrem eigenen Volke demütigt und ihre Unfähigkeit bloßstellt. Die mit den Bahnkonzessionen seinerzeit erworbenen Rechte, welche Eingriffe in die Hoheitsrechte des Staates darstellen, müssen und werden fallen. Sollte man der Ansicht sein, daß die chinesische Polizei nichts taugt — und ich behaupte, daß dies nicht zutrifft —, so organisiere man meinetwegen eine internationale Polizei, aber man mache nicht den Bau einer Eisenbahn oder den legitimen Handel zum Vorwand einer politischen Penetration.

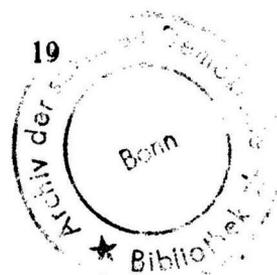
Ich möchte diesen Grundsatz unbedingt auch ausgedehnt sehen auf die sogenannten Settlements. Es ist ein Unding, daß in Städten wie Hankow oder Tientsin 6 bis 8 Settlements existieren, welche angeblich für die Handeltreibenden der verschiedenen Nationen reserviert sind, aber de facto ganz unterschiedslos von Europäern und Chinesen bewohnt und von englischen, deutschen, russischen, japanischen usw. Behörden verwaltet werden. Diese

Settlements sollen in eine große Niederlassung zusammengeworfen werden, die letzteren aber weitgehendste Selbstverwaltung erhalten und internationalisiert werden. Die Settlements, wie sie gegenwärtig existieren, sind ein Unfug und ein Pfahl im Fleische Chinas. Was nützt es, daß die Straßen reinlicher sind und die Beleuchtung besser ist als im chinesischen Stadtteil, wenn die Settlements, allen voran das „Muster-Settlement“ Shanghai, aus reinen Profitinteressen sich dazu hergeben, Herde und Asyle aller Laster zu sein. Es wimmelt von Spielhöllen, Schnapsbuden, Bordellen und Opiumspelunken, denen die jeunesse dorée wie die verkommensten Proletarier von fern und nah zuströmen und die infolgedessen zu den besten Steuerzahlern gehören. Während man auf chinesischem Boden das Opiumlaster mit drakonischer Strenge zu unterdrücken suchte, nahm es unter dem Schutze der europäischen Settlementsverwaltungen einen ungeheuren Aufschwung. Das japanische Settlement in Tientsin lebt vom Verkaufe von Morphium, dessen Verschleiß in China verboten ist. Aehnlich verhält es sich mit den Lotterien. Die chinesische Regierung ist ohnmächtig, gegen diesen Unfug anzukämpfen.

Eine der bedenklichsten Seiten des bestehenden Systems ist aber die, daß die fremden Behörden zwar gemeine Verbrecher chinesischer Nationalität, welche in die Settlements flüchten, ausliefern, nicht aber politische Verbrecher. Nun hat dieses Prinzip eine gewisse Berechtigung, wenn es von Staat zu Staat angewendet wird, ist aber völlig verwerflich, wenn es auf die Settlements ausgedehnt wird, welche dadurch zu Foyers der Verschwörung auf dem Boden des eigenen Staates werden. Die Settlementsfrage erheischt also dringend eine radikale Lösung.

Im Zusammenhange mit ihr wird die Frage der fremden Jurisdiktion zu erörtern sein. Sie ist nicht so klar und bündig zu beantworten wie die Settlementsfrage; denn bei dieser handelt es sich um eine Frage der Verwaltung, die im wesentlichen Selbstverwaltung sein und nur insoweit der staatlichen Kontrolle unterstehen müßte, daß so eklatante Gesetzesverletzungen wie der Verkauf von Opium und Morphium, die Ansammlung von Waffen und Munition u. dgl. verhindert werden können; bei jener hingegen handelt es sich um die Rechtspflege, über welche denn doch bei Europäern und Chinesen ziemlich verschiedene An-

schauungen bestehen. Trotzdem möchte ich glauben, daß ein Aufgeben des Prinzips der Exterritorialität mehr Vorteile als Nachteile für die fremden Staatsangehörigen im Gefolge hätte. Sie würde diesen vor allem die vollständige Freizügigkeit und die Möglichkeit gewähren, sich in jedem beliebigen Orte des großen Reiches niederzulassen, Handel und Gewerbe zu treiben und sich an jeder Art geschäftlicher Unternehmungen zu beteiligen. Das schwierige und bisher ungelöste Problem der gemischten Unternehmen — Unternehmen wie Banken, Bergwerke, Fabriken usw., bei welchen Chinesen und Europäer associiert sind — wäre aus der Welt geschafft. Die Zahl der Fremden, welche in China ihren Lebensunterhalt finden, würde sich bald verzehnfachen. Und nun die Bedenken. Glaubt man, daß die chinesische Rechtsprechung dem Fremden nicht jenen Schutz gewähren werde, auf den er ein Recht hat? Man hat diese Befürchtung seinerzeit unverhohlen ausgesprochen, als Japan durch seinen Sieg über China im Jahre 1894 erstarkt die fremde Jurisdiktion innerhalb seiner Grenzen beseitigte; und doch sind die Klagen über einseitige Rechtsanwendung nach und nach verstummt. Ich glaube, daß China gegenüber derartige Befürchtungen noch weniger am Platze sind, weil dort der Geist des nationalen Chauvinismus weit weniger Fuß gefaßt hat als in Japan, wo er sich auf seine unzweifelhafte militärische Ueberlegenheit stützt. Das Hauptargument für den Verzicht auf die „Kapitulationen“ Chinas ist aber dies, daß deren Abschaffung kommen wird und muß, weil keine große Nation diese ihr gewaltsam aufgezwungene und erniedrigende Beschränkung auf die Dauer ertragen kann. Es ist aber unzweifelhaft klüger, durch freiwilligen Verzicht auf den exterritorialen Status China einen Beweis des Vertrauens zu geben und im gegenseitigen Einvernehmen die Modalitäten der jurisdiktionellen Behandlung fremder Staatsangehöriger festzusetzen, als zu warten, bis das Land bei irgendeiner Weltkrise die Fesseln einfach abwirft, wie es die Türkei während des Krieges getan hat. Ich bin überzeugt, daß China mit Freuden darauf eingehen würde, die Gerichtsbarkeit über die Fremden nicht bedingungslos und unvermittelt an sich zu nehmen, sondern eine Frist von 5 bis 10 Jahren zuzugestehen, während welcher die Regierung das Gerichtswesen mit Hilfe fremder Sachverständiger den modernen



Anforderungen anpassen, eventuell gemische Gerichte auf internationaler Basis — nicht etwa die Karikatur eines solchen wie der bestehende mixed court in Shanghai — einrichten oder wenigstens für die Uebergangszeit ein internationales Appellgericht einsetzen könnte. Es handelt sich ja vor allem darum, das Prestige der Regierung in ihrem eigenen Lande wiederherzustellen und die unübersteigbare Schranke zu beseitigen, welche die Exterritorialität zwischen Chinesen und Fremden errichtet hat.

Eine Frage, welche schon seit langem auf der Tagesordnung steht und unbedingt geregelt werden muß, ist die Frage des Zolltarifs. Der chinesische Zolltarif ist ein Anachronismus einziger Art. Er beruht auf den Handelsverträgen des Jahres 1862. Wiederholt hat China versucht, die europäischen Kabinette zu einer Revision der Handelsverträge zu bewegen. England trat in Verhandlungen ein und 1906 wurde tatsächlich ein neuer Vertrag geschlossen, welcher China eine erhebliche Hinaufsetzung der Einfuhrzölle zugestand. Da jedoch die Erhöhung des Zolltarifs nicht von England allein abhing, sondern die Zustimmung aller Vertragsstaaten erforderte, trat dieser Vertrag nie in Kraft, sondern es blieb alles beim Alten. Europa hat dem chinesischen Reiche eine ungeheure Schuldenlast aufgebürdet, gestattet ihm aber nicht, jene zollpolitischen Maßnahmen zu treffen, durch welche es in die Lage gesetzt würde, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Zolleinnahmen genügen bei weitem nicht, um den Schuldendienst zu bestreiten und es sind deshalb auch das Salzmonopol und andere Revenuen herangezogen und unter fremde Verwaltung gestellt worden. Damit sind aber die Einnahmequellen des Staates erschöpft, wenn man nicht an der Besteuerung von Grund und Boden rühren will, was eine heikle Sache ist. Dazu kommt noch, daß durch die Verpfändung der Revenuen die Verwaltung mehr und mehr an Ausländer übergeht, welche ungleich höhere Bezüge haben als die Beamten des eigenen Landes, was bei diesen begreiflicherweise große Unzufriedenheit erregt. Man wirft China seine Rückständigkeit auf allen Gebieten vor und es läßt sich nicht leugnen, daß das Land durch einen planmäßigen Ausbau der Straßen und Eisenbahnen, durch Flußregulierungen und manches andere auf eine höhere Stufe des Wohlstandes und der Kultur gebracht werden könnte;

aber man darf wohl fragen, woher die Regierung die hierfür erforderlichen sehr bedeutenden Mittel hätte nehmen sollen, da seine finanzielle Bewegungsfreiheit durch die fremden Mächte in solchem Maße eingeschränkt wurde.

Die Frage des Zolltarifs kann meines Erachtens weder der autonomen Regelung der chinesischen Regierung überlassen, noch auf dem Wege der Verhandlung mit den einzelnen Staaten gelöst werden. Was auf dem letzteren Wege herauskommt, haben wir schon gesehen. Jedes Land sucht dabei für sich selbst Vorteile herauszuschlagen und in summa heben sich die disparaten Forderungen gegenseitig auf. Man kann aber die Festsetzung des Zolltarifs vorläufig auch nicht ausschließlich der chinesischen Regierung anheimgeben, weil in diesem Falle der fiskalische Standpunkt leicht die Oberhand gewinnen und den gesunden internationalen Güteraustausch erdrosseln könnte. Die Revision des Zolltarifs und der Handelsverträge überhaupt dürfte vielmehr nur durch Kollektivverhandlungen, durch einen internationalen Kongreß, in einer für alle Teile befriedigenden Weise durchgeführt werden können.

Wenn man nun China seine Hoheitsrechte restituiert, wenn man ihm ein Aufsichtsrecht über die Verwaltung der fremden Niederlassungen einräumt, die Gerichtsbarkeit über fremde Staatsbürger anvertraut und größere Freiheit auf dem Gebiete der Finanzen gibt, wird man berechtigt sein, von ihm Garantien für die Sicherheit der fremden Anleihen und Investitionen zu verlangen. In dieser Hinsicht ist einige Vorsicht immerhin geboten, denn ein Staat, der mit einem Schlage vom autokratischen Regime zur parlamentarischen Regierung übergeht, ist in der Regel nicht mündig, seinen Haushalt mit weiser Mäßigung zu führen. Das hat sich in China deutlich gezeigt. Welche Summen in der ersten Zeit der Republik für politische Bestechung und zur Beruhigung der revolutionären Armeen hinausgeworfen und zu welch ruinösen Bedingungen diese Summen aufgebracht wurden, weiß jeder, der die Ereignisse einigermaßen verfolgt hat, und wir kennen aus eigener Erfahrung die verschwenderischen Tendenzen der aufstrebenden Demokratien. Hätte der europäische Krieg nicht die Geldquellen für China verstopft, so stünde das Land wahrscheinlich schon heute vor dem Bankrott. Denn so reich China ist,

sein Reichtum besteht in dem ausgeglichenen Wohlstand seiner Bürger, in den ungehobenen Bodenschätzen und in jenen potentiellen Mehrwerten, welche von der Förderung der Wirtschaft und des Verkehrs zu erwarten sind. Die faktischen Einnahmen des Staates sind gering und schwer zu vermehren, und die Verschuldung, obschon unbedeutend im Vergleich zu den Budgets der europäischen Länder, ist sehr hoch im Verhältnis zu der Ergiebigkeit seiner Steuerquellen. Das Budget Chinas betrug bis zum Jahre 1900 nicht mehr als 100 Millionen Taels (ca. 300 Millionen Mark), also noch nicht eine Mark per Kopf, während die Staatsschulden etwa 3 Mark per Kopf ausmachten. Zehn Jahre später, kurz vor dem Sturze der Mandschu-Dynastie, hatte sich das Budget verdoppelt, die Schulden aber hatten sich verdreifacht. Seither dürften sich die Schulden noch beträchtlich vermehrt, die Einnahmen aber wegen der politischen Zersplitterung eher vermindert haben.

Wenn wir also nach Friedensschluß die finanzielle Lage Chinas zu prüfen Gelegenheit haben werden, wird sich wahrscheinlich ergeben, daß eine finanzielle Sanierung sowohl im Interesse der Chinesen als auch in jenem ihrer europäischen Gläubiger dringend geboten ist. Zu dieser Sanierung bedarf China unbedingt der Mitwirkung Europas, und zwar in doppelter Hinsicht: erstens weil hierzu eine große Anleihe erforderlich ist, um alle Wucherschulden zu tilgen und alle unrationellen Kontrakte zu liquidieren, und zweitens auch wegen der technischen Durchführung. Hierfür ist eine gewisse Finanzkontrolle schon deshalb unerläßlich, weil sich China auf andere Weise der ihm erschlichenen und erpreßten Ansprüche einzelner Mächte nicht zu erwehren vermöchte; aber auch deshalb, weil unter den heutigen Verhältnissen eine einwandfreie Finanzverwaltung ohne fremde Kontrolle in China noch kaum vorstellbar ist. Ein Finanzminister, mit dem ich hierüber sprach, sagte mir: Sie haben ganz Recht, aber wenn ich dem Ministerrat heute einen solchen Vorschlag mache, bin ich morgen nicht mehr Minister.

Der Vorschlag einer Finanzkontrolle wird also ganz gewiß auf Widerstand stoßen, und zwar nicht bloß deshalb, weil dadurch der Bereicherung zahlreicher Funktionäre ein Riegel vorgeschoben würde, sondern auch wegen des nur zu berechtigten

Mißtrauens, welches der Uneigennützigkeit und zum Teil auch der Sachkenntnis fremder Berater entgegengebracht wird. Haben doch die fremden Regierungen sich nur deshalb für die Anstellung von Beratern eingesetzt, weil sie hiervon eine Förderung ihrer nationalen Interessen erwarteten, und haben einzelne dieser Berater Eingriffe in das System der Besteuerung empfohlen, welche ganz sicher Unruhen gezeitigt und ihren Zweck dadurch gänzlich verfehlt haben würden. Die Kontrolle würde sich daher nicht sowohl auf die Steuerpolitik, welche vielfach eine politische Frage ist, zu erstrecken haben, als vielmehr auf die Gebarung und vor allem auf die Verwendung der Staatsgelder. Es müßte ferner eine Form dafür gefunden werden, welche die Regierung nicht neuerdings diskreditiert, etwa die einer gemischten Kommission unter dem Vorsitze eines chinesischen Würdenträgers von Erfahrung und Ansehen. Ich denke, daß eine solche Kommission sehr segensreich wirken könnte und, namentlich wenn sie aus Mitgliedern zusammengesetzt wäre, welche an den Agenden weder persönlich noch national interessiert sind, sehr bald das Vertrauen der Nation gewinnen würde.

Ich möchte zum Schlusse nur noch einen Punkt berühren, welcher für unser Verhältnis — ich meine für das Verhältnis Europas und Amerikas — zu China von hoher Bedeutung ist. Wir haben uns bisher recht wenig Mühe gegeben, China wirklich kennen zu lernen. Das Interesse für China, welches vor dem Kriege bestand, galt nicht dem alten Kulturstaate, sondern dem großen Absatzgebiete, dem aufnahmefähigen Markte. So berechtigt dieser Gesichtspunkt in einem Zeitalter war, wo die Industriestaaten des Westens in ihrer eigenen Produktion erstickt sind, so ist er doch ein höchst einseitiger und erfaßt nicht alles, was uns China zu bieten vermag. Die Eisenbahnen und Bergwerke Chinas, die Anleihen und Lieferungen mögen einzelnen Individuen Dividenden abwerfen, aber sie setzen sich nicht in Kulturwerte um, die die Allgemeinheit bereichern. Und doch liegen in China geistige Schätze aufgestapelt, von welchen die wenigsten eine Ahnung haben und nach welchen zuzugreifen sich wohl lohnen würde. Wenn ich mir das europäische Chaos betrachte — ein Chaos, welches nicht nur in Politik und Wirtschaft herrscht, sondern auf alle Gebiete des Denkens und Wissens

übergreift —, so drängen sich mir unwillkürlich allerlei Vergleiche auf. Ich entsinne mich, wie dieses und jenes Problem China schon vor Jahrhunderten bewegt hat und glücklich gelöst worden ist. Wenn ich z. B. sehe, wie willkürlich die Staaten in das Wirtschaftsleben eingreifen, um eine Handelsbilanz zu korrigieren, so fällt mir ein, daß in China durch das einzige Ausfuhrverbot auf Zerealien der Ueberfluß und die Billigkeit der Lebensmittel gesichert wird, welche die Voraussetzung billiger Arbeit und einer überlegenen Konkurrenz sind. Wenn ich unsere Valutaschwierigkeiten bedenke, so erscheint es mir geradezu als ein idealer Zustand, daß es in China bis vor kurzem — mit Ausnahme einer Scheidemünze im Werte von  $\frac{1}{4}$  Heller — keinerlei Zahlungsmittel von fiktivem Werte gab, sondern die Edelmetalle lediglich nach ihrem Marktwerte getauscht wurden. Oder wenn ich die Agitation der Sozialdemokraten beobachte, so muß ich daran denken, in wieviel höherem Maße das Ziel des Sozialismus, die Freiheit und Gleichheit der Bürger, in China auf einem Wege erreicht worden ist, der das Volk nicht demoralisiert, sondern ethisch emporhebt.

Wie immer man sich im einzelnen zu diesen Fragen stellen mag, so viel ist gewiß, daß wir von China vieles zu lernen haben. Eine größere Vertrautheit mit dem Charakter und den Einrichtungen des chinesischen Volkes hätte uns in der Vergangenheit manchen Mißgriff erspart und könnte unser Verhältnis zu China in der Zukunft zu einem vertrauensvolleren und letzten Endes auch gewinnbringenderen gestalten.

30. März 1919.



*Der Neue Geist . Verlag / Leipzig*

# Der Neue Geist

Eine Schriftenreihe / Gr.-8<sup>o</sup> / Jedes Heft M. 1.50

1. *Rabindranath Tagore / Der Geist Japans*
2. *Albrecht Mendelssohn Bartholdy / Irland, ein Beispiel der Machtpolitik*
3. *Felix Weltsch / Organische Demokratie*
4. *Kurt Hiller / Ein Deutsches Herrenhaus*
5. *Rudolf Leonhard / Bemerkungen zum Reichsjugendwehrgesetz*
6. *Paul Adler / Vom Geist der Volkswirtschaft*
7. *Alfred Lemm / Vom Wesen der wahren Vaterlandsliebe*
8. *Heinrich Lammasch / Der Friedensverband der Staaten*
9. *Franz Eulenburg / Neue Wege der Wirtschaft*
10. *Emil Lederer / Soziologie der Revolutionen*
11. *Albrecht Mendelssohn Bartholdy / Der Völkerbund*
12. *Hans Blüher / Familie und Männerbund*
13. *Alfred Lemm / Der Weg der Deutschjuden*
14. *Otto Westphal / Deutsche Nationalversammlung*
15. *Hans Gehrig / Student und Vaterland*
16. *Max Graf Montgelas / Beiträge zur Völkerbundfrage*
17. *P. Eberhardt / An den geistigen Adel deutscher Nation*
18. *Arthur von Rosthorn / Unser Verhältnis zu China*
19. *Arthur von Rosthorn / Das soziale Leben der Chinesen*

*Die Sammlung wird fortgesetzt.*